

ter und Bauern in die Weltgeschichte entwickelte sich auch hier im Herzen Europas ein neues historisches Beispiel für das dem Humanismus und dem Frieden verpflichtete Programm des Sozialismus. Zum ersten Mal entstand ein deutscher Staat, der seinen östlichen, westlichen, nördlichen und südlichen Nachbarn für immer ein verlässlicher Friedensstaat ist. Das gab es bis dahin noch niemals auf deutschem Boden. Das im Zusammenhang mit der Gründung der DDR oft gebrauchte Wort von der Wende in der deutschen Geschichte und in der Geschichte der Völker Europas ist kein zu groß gewähltes Wort. Es charakterisiert nur einen politischen Vorgang, wenngleich — wie die Nachkriegsentwicklung demonstriert — von wahrhaft historischer Tragweite. Hier auf diesem deutschen Territorium werden seither nicht nur Friedenssehnsüchte propagiert, hier wird von der Erziehung der Jugend über den Wettbewerb in der Produktion bis zu allen diplomatischen Aktivitäten Friedenspraxis organisiert. Hier gibt es — wie bekannt — keine Klasse, keine Gruppe oder Person, weder eine politische noch eine militärische Kraft, die von einem Krieg, von seiner Vorbereitung und Ausrüstung profitieren würde. Hier ist der Friede das höchste gesellschaftliche Interesse, weil das Wohl des Volkes oberstes Ziel ist. Es kann für uns kein höheres Ideal geben, als den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen.

Die Macht der Arbeiter und Bauern erschloß mit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse neue gesellschaftliche Quellen für den Kampf um einen sicheren Frieden. Sie garantiert damit, daß zum ersten Mal in einem deutschen Staat der Friedenswille des Volkes und die offizielle Staatspolitik übereinstimmen. Darin liegt auch die Antwort auf die Frage, warum bei uns die Friedensbewegung von allen Klassen und Schichten getragen wird, in den Ländern des Kapitals hingegen immer wieder mit der Staatsgewalt in Konflikt gerät.

Mit der Deutschen Demokratischen Republik existiert zum ersten Mal ein deutscher Staat, der zu einem Synonym für friedliche Nachbarschaft, für berechenbare Politik, für Realismus, Vernunft und guten Willen in den Beziehungen zwischen den Völkern geworden ist.

Geradlinig und ohne konjunkturelle Schwankungen verfolgt die Deutsche Demokratische Republik ihre Staatsdoktrin der Sicherung des Friedens, die einer — wie es in Art. 6 unserer Verfassung heißt — „dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit“ dienenden Außenpolitik verpflichtet ist. Dazu zählt auch das uneingeschränkte Verbot jeglicher Kriegs- und Rassenhetze und der Fakt, daß bei uns Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen niemals verjähren.

In dieser Zeit, in der der Imperialismus gegen den Willen der Völker seine atomaren Sprengköpfe weiter gegen den Frieden stationiert und die Gedanken der Menschen im Sinne seiner aggressiven Pläne manipuliert, ist es für die sozialistischen Staats- und Rechtswissenschaftler eine politische Aufgabe ersten Ranges, mit überzeugenden Argumenten und einer klaren Sprache immer wieder in neuen Zusammenhängen zu den Grundfragen unserer Epoche vorzustößen. Die alte Frage der Lateiner, der Gedanke des römischen Richters Lucius Cassius „Cui bono — wem nützt es?“ ist ein wichtiger Schlüssel, um immer wieder auf die Frage einzugehen, aus welcher Klassenwurzel Kriege entstehen.

Das ist heute von besonderer Wichtigkeit in der Flut der Ereignisse und Informationen und angesichts imperialistischer Manipulationsmethoden, die Lügen für Tatsachen, Desinformationen für Nachrichten und Demagogie für Aufklärung auszugeben versuchen. Da wird zum Beispiel aus dem „Krieg der Sterne“ plötzlich die sogenannte „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI).

Diese konzipierte Militarisierung des Weltraums zielt auf uneingeschränkte Weltherrschaft — es wird spekuliert, wer den Kosmos besitzt, wird auch die Erde beherrschen.

Wir unterstützen die sowjetischen Vorschläge, das weitere Anhäufen von Waffen zu stoppen, während des gesamten Zeitraums der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR ein Moratorium für die Entwicklung, einschließlich der Forschungsarbeiten, die Erprobung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen einzuführen und ihre strategischen Offensivwaffen einzufrieren sowie die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und die sowjetischen Gegenmaßnahmen auszusetzen.

Beide deutsche Staaten gehören verschiedenen Gesellschaftsordnungen und unterschiedlichen Militärkoalitionen an. Sie stehen vor der Geschichte in der Pflicht, mit konstruktiven Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten. Die Deutsche Demokratische

Republik kommt dieser Pflicht nach und unternimmt alles, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Die Unterschrift unseres Staatsoberhauptes unter die Schlußakte von Helsinki ist für uns Handlungsauftrag. Ähnlich konkrete politische Leistungen stehen von seiten der BRD leider bis heute noch aus. Jeder muß dort wissen: Die Grenzen in Europa sind unverletzlich, die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten sind unantastbar.

Die Deutsche Demokratische Republik wird im Bündnis mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten immer ein zuverlässiger Partner für alle Staaten und Bewegungen sein, die sich im Interesse der Bewahrung des Friedens über alles Trennende hinweg konstruktiv um die Lösung dieser wichtigsten Gegenwartsaufgaben bemühen. Für den Frieden ist uns kein Tropfen Schweiß, kein Gespräch und keine Verhandlung zuviel. Wir bleiben unserem humanistischen Grundsatz treu: Lieber zehnmal verhandeln als einmal schießen. Das ist alles andere als eine propagandistische Losung. Das ist Lebensinhalt unseres Volkes. Dieses gemeinsame Interesse am Frieden und der gemeinsam geführte Kampf bilden ein wichtiges einigendes Band zwischen unserer Partei, dem sozialistischen Staat und den Werktätigen.

*Die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie ist Haupttrichtung der Entwicklung des sozialistischen Staates*

Die breite Volksbewegung und die millionenfache Aussprache in Vorbereitung des XI. Parteitagbesuchen, wie sehr die Werktätigen der DDR ihr persönliches Leben und ihre Zukunftsvorstellungen mit der Verwirklichung des Programms der SED verbinden. Daraus resultiert auch die ständig wachsende Wahrnehmung ihres Grundrechts, sich umfassend an der Gestaltung des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens der Gesellschaft zu beteiligen.

268 000 Abgeordnete und Nachfolgekandidaten der Volksvertretungen, 450 000 Bürger in den Ständigen Kommissionen der Volksvertretungen und deren Aktive, 365 000 Mitglieder der Ausschüsse der Nationalen Front, Hunderttausende ehrenamtliche Funktionäre in den Parteien und Massenorganisationen — von der Pionierorganisation bis zur Volkssolidarität —, 2,2 Millionen Gewerkschafter als Vertrauensleute, Sozialbevollmächtigte, Mitglieder von Kommissionen als Interessenvertreter ihrer Kollegen, rund 100 000 Mitglieder in den Elternbeiräten und 514 000 Mitglieder der Elternaktive, 52 976 Schöffen, 238 000 Mitglieder der Konfliktkommissionen und 55 911 Mitglieder der Schiedskommissionen, 266 000 Mitglieder in Kommissionen, Ausschüssen und Komitees der ABI, über 150 000 freiwillige Helfer der Volkspolizei, Hunderttausende Bürger als ehrenamtliche Mitarbeiter in den Wohnungskommissionen, in Bauaktiven, in den Aktiven für Ordnung und Sicherheit, in den Hausgemeinschaftsleitungen, in Verkaufstellenausschüssen und anderen gesellschaftlichen Zellen unserer sozialistischen Demokratie bezeugen: Jeder DDR-Bürger hat die Möglichkeit, direkt an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in unserem Lande beteiligt zu sein und sein Recht der demokratischen Mitarbeit wahrzunehmen.

Für diese bewußte Mitarbeit von Millionen an der Lösung staatlicher und gesellschaftlicher Aufgaben hat unser sozialistischer Staat gute Voraussetzungen geschaffen. Von den 8,9 Millionen Werktätigen haben heute bereits 4,6 Millionen die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule absolviert, 6,6 Millionen besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung, 90 Prozent der Beschäftigten in der sozialistischen Landwirtschaft haben eine fachliche Ausbildung, zwei Millionen Werktätige unserer Volkswirtschaft verfügen über eine Hoch- und Fachschulbildung.

Auf der Grundlage dieser hohen Bildung nehmen immer mehr Bürger ihr demokratisches Mitentscheidungsrecht wahr. Die Brechung des jahrhundertelangen Bildungsprivilegs und die im Sozialismus garantierte Chancengleichheit für alle Bürger ist eine historische Errungenschaft, die immer wirksamer wird für das Voranschreiten unseres Landes.

Im Alltag der DDR bestätigt sich, daß bei uns — im Gegensatz zu den Ländern des Kapitals — nicht nur von Freiheit geredet wird, sondern durch die Macht der Arbeiter und Bauern und die Arbeit aller Werktätigen die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen und ständig erweitert werden, um diese Freiheit auch für jedermann zu garantieren. Das ist die Freiheit, die wir meinen. So ist die Teilnahme an der sozialistischen Demokratie zu einer normalen Le-